Boehlich

Walter Boehlich über: Dokumentation zum Sozialistischen Patientenkollektiv

Wildwuchs, nicht länger geduldet

Walter Boehlich, 50, ehemaliger Suhrkamp-Lektor, lebt als freier Autor in Frankfurt.

Spätestens seit es eine wissenschaftliche Verhaltensforschung gibt, wissen wir, wann das schwächere Tier sich in die Aggression zu retten versucht: wenn es nicht mehr fliehen kann, wenn es keinen Ausweg mehr hat. Der tatsächliche Angreifer braucht keineswegs als erster zuzubeißen, er könnte, handelte es sich nicht um Tiere, den Angegriffenen als den Schuldigen erscheinen lassen. Und ebenfalls seitdem sind wir über die Ritualisierung von Aggressionen bei Tieren gleicher Art unterrichtet, die zwar oberflächlich wie Kampf aussieht, aber gerade den Kampf erspart.

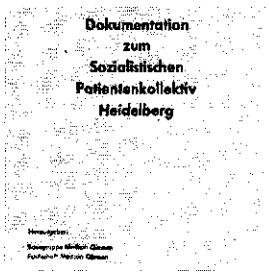
Der Humanpsychologie und -psychiatrie sind solche Erkenntnisse keineswegs fremd; die Frage ist nur, ob Psychologen und Psychiater Konsequenzen aus ihnen ziehen, wenn sie selbst betroffen sind, und zwar als das stärkere Tier. Wer die beiden von der „Basisgruppe Medizin Gießen" herausgegebenen Bände „Dokumentation zum Sozialistischen Patientenkollektiv (SPK) Heidelberg" (zusammen 448 Seiten, 12 Mark) geduldig liest, wird diese Frage kaum mit Ja beantworten können.

Im regulären Buchhandel kann man die Bände nicht erwerben. Sie sind deswegen nicht gleichgültig oder belanglos, sondern vielmehr vom Materialwert her gesehen wichtiger als der größere Teil dessen, was die Aufmerksamkeit professioneller Kritik erregt oder die Bestsellerlisten ziert. Weil sie nämlich Aufschluß darüber geben, wie hierzulande mit dissidierenden Minderheiten umgegangen wird und wie unter solchem Umgang diese Minderheiten sich verändern. Sie illustrieren schlagend die These, daß die Gesellschaft ihre „Verbrecher" selbst produziert, um sie anschließend „beseitigen" zu können.

Der Vorgang, um den es sich handelt, ist in groben Umrissen bekannt; er ist auch im SPIEGEL (33/1971) dargestellt worden. Wer gründlicher informiert sein will, muß sich Aufklärung in der vom Asta Heidelberg herausgegebenen „Dokumentation zur Verfolgung des Sozialistischen Patientenkollektivs Heidelberg" holen.

Die Gießener Dokumentation beschränkt sich auf den kommentarlosen Abdruck aller erreichbaren Gutachten, Infos, Beschlüsse usw. Sie liefert auch keine Analyse. Die bleibt dem Leser überlassen. Wenn man freilich nicht weiß, wie Presse (vor allem die „Rhein-Neckar-Zeitung") und Exekutive auf das SPK reagiert haben, was jeweils vorausging und was folgte, welches genau die Stationen dieses lehrbuchhaften Eskalationsprozesses gewesen sind, wird man dem SPK leicht Unrecht tun.

Es begann mit einem institutionellen Konflikt. Dr. Huber, „weder Facharzt noch ausgebildeter Psychotherapeut", hielt die fortgesetzte Arbeit mit seinen Patienten für wichtiger als die Teilnahme an Institutskonferenzen — zu denen er verpflichtet war. Er wurde fristlos entlassen. Bis dahin hatte niemand davon gehört, daß Huber seine Patienten nicht ordnungsgemäß versorgte oder daß diese Schwierigkeiten machten. Die wollten bei ihm bleiben, zogen also mit ihm aus der Universitätsklinik aus und mußten fürchten, aller Vorteile (wie freier Behandlung, kostenloser Medikamentvergabe) verlustig zu gehen. Sie machten daher Versuche, auf die eine oder andere Weise weiterhin von der Universität unterstützt zu werden. Mehr als das, sie versuchten, sich politisch zu artikulieren und ihre Krankheit, die Krankheit, alle Krankheit als gesellschaftlich bedingt, verursacht durch den Grundwiderspruch von Kapital und Arbeit, zu begreifen.



SPK-Buch, SPK-Arzt Huber: „Suizidrisiko überschaubar"

Da sind sie, zu Beginn eines Lernprozesses, sehr pauschal verfahren, haben zu Kurzschlüssen geneigt, die Regeln der Dialektik quälend verletzt. Aber, wie immer, ihnen selbst scheint das nicht geschadet zu haben, denn im Gegensatz zum Gängigen, Etablierten, hat es, solange die Gesellschaft sie nicht angriff, sondern gewähren ließ, keine Selbstmorde im SPK gegeben. Geschadet hat ihnen ihre Konsequenz, die Forderung, die Verhältnisse abzuschaffen, unter denen nach ihrer Analyse Krankheit produziert wird, also den Kapitalismus abzuschaffen. Das ist selbst psychisch Gesunden verboten; wieviel eher dann psychisch Kranken, auch wenn die glauben, anders nicht gesund werden zu können.

Es hat nichts geholfen, daß drei vom Rektorat angeforderte Gutachten trotz unterschiedlicher Beurteilung und mit unterschiedlicher Begründung dafür votiert haben, dem SPK die Weiterarbeit zu ermöglichen — die Fakultät für Klinische Medizin II präsentierte drei Gegengutachten, die das Gegenteil forderten, und zwar alle drei, ohne das SPK auch nur einen Augenblick bei seiner Arbeit beobachtet zu haben. Die muß man lesen, wenn man wissen will, mit welcher unmenschlichen Kälte die reine, weil endlich anerkannte Lehre über nicht akzeptierte Konkurrenzsysteme den Stab bricht.

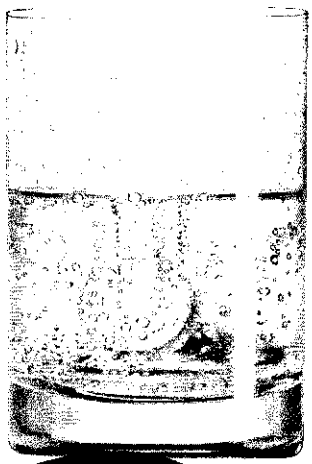
Von da an hatten Fakultät und Kultusministerium („Wildwuchs, der nicht länger geduldet werden kann") nur noch ein Ziel: Zerschlagung des SPK, durchaus auch auf Kosten der Kranken selbst („Das Suizidrisiko würde zwar etwas größer, sei aber überschaubar"). Es ist nicht bestritten worden, daß die Heidelberger Studenten psychiatrisch nicht hinreichend versorgt waren, daß das SPK darauf aufmerksam gemacht hat, daß es auch deswegen so großen Zulauf hatte (von 50 auf 500 Patienten), daß die durchschnittlichen monatlichen Behandlungskosten des SPK bei ca. 41,80 Mark lagen, aber für die Arbeit des SPK gab es seit dem Winter 1970 kein Geld mehr. Sie wurde als unwissenschaftlich verurteilt, gefürchtet aber als politisch.

Und sie wurde in der Tat zwanghaft immer politischer, je mehr das SPK kri-

1.

Kopfschmerz
nach Überanstrengung,
allgemeines Mißbehagen
nach Überforderung,
bei Wetterfühligkeit,
nach Alkoholgenuß.

2.



3.

Brausende
SPALT®
und Stress-Kopfschmerz
wird sprudelnd gelöst

Nur in Apotheken
Prof. Dr. med. Much AG

minalisiert wurde. Indem man ihm die minimalen Bedingungen ungestörten Arbeitens nicht schuf, bekam man es dorthin, wohin man es haben wollte. Man zwang es in die Illegalität, zunehmend in die revolutionäre Phrase, in verbale Aggression, von der man sich kriminelle Aggression erhoffte. Wo sie nicht zu haben war, fingierte man sie, wie bei den Masseneinsätzen von Polizei in Wiesenbach, die den Zusammenhang zwischen SPK und Baader-Meinhof-Gruppe beweisen sollte und nie bewiesen hat, oder in Heidelberg selbst.

Die Ergebnisse dieser Aktionen waren, vor allem, wenn man sie mit der nahezu hingenommenen echten, nichtpolitischen Kriminalität unserer Großstädte vergleicht, dürftig, aber sie genügten, um elf SPK-Mitglieder, darunter Dr. Huber, zu inhaftieren.

Fraglos hat jede einzelne Repressionsmaßnahme zu nichts als weiterer Verschärfung, vielleicht sogar zum Eindringen einiger Krimineller ins SPK gedient. Immerhin hatten die Verhafteten und die nur Observierten noch schützende Rechtsgarantien, zum Beispiel einen Verteidiger, den Rechtsanwalt Eberhard Becker. Seine Wohnung ist am 28. Oktober ergebnislos durchsucht worden, wegen Unterstützung einer „kriminellen Vereinigung", eben derselben, die er verteidigt. Er ist von der weiteren Verteidigung ausgeschlossen.

Darüber hat man in den Zeitungen, die sonst so viel Platz für das SPK hatten („Politirre in Heidelberg planen die Revolution", so der „Bayernkurier"; „In Heidelberg probten Irre den Aufstand", so „Quick"), nichts gelesen. Dafür aber am 9. Dezember von „Explosionen vor Professorenwohnungen", die mit dem SPK in Verbindung gebracht werden.

Wenn diese Verbindung zu Recht bestehen sollte, dann wäre das SPK jetzt endlich dort, wo man es die ganze Zeit hat haben wollen. Das bewiese nicht, daß die Kranken gesünder geworden wären. Diese Frage, die einzige, auf die es angekommen wäre, ist in anderthalb Jahren zunehmend in den Hintergrund geraten. Womöglich versprechen sich das Kultusministerium und die Heidelberger Fakultät mehr von einer Behandlung im Gefängnis; auf keinen Fall aber durften die Kranken selbst entscheiden, was ihnen helfen könne. Es gab dafür kein Geld. Wohl aber Geld für Polizeieinsätze, wie es Geld für geschlossene Anstalten und Gefängnisse geben wird. Wer darüber entscheidet, hat darunter nicht zu leiden.

Merke: „Die Tendenz, die Folgen zu behandeln, anstatt in die ursächliche Kette einzugreifen, ist in einer Gesellschaft, welche so großen Wert auf die Rentabilität jeder Maßnahme legt, erstaunlich — und nur so zu erklären, daß die Gesellschaft es sich etwas kosten läßt, die Wurzel sozialer Mißstände zu verschleiern" (Jan Gross).